

## Über kleine Parteien

### Die Kernkompetenzen der Kleinen liegen auf den Feldern skeptischer Politik. Welche Alternativen hat die Linke in Deutschland?

Von Harald Pätzolt

Meines Erachtens gibt es zwei lohnende Wege, sich mit der Frage zu befassen, was es denn heißen könnte, heute in Deutschland eine so genannte kleine Partei zu sein. Den ersten Weg eröffnet das Bundesverfassungsgericht durch seinen Anspruch, »Hüter des Parteienwettbewerbs« zu sein. Den zweiten Zugang finde ich in der Politischen Philosophie Michael Oakeshotts, genauer: in seiner Theorie der Politikstile.

In seiner Besprechung eines neueren Urteils stellt Martin Morlock fest, dass das Bundesverfassungsgericht dem Konzept des Parteienwettbewerbs »dogmatisch deutlichere Konturen gibt.«<sup>1</sup> Und er fährt fort: »So wird der Wettbewerb in seiner Funktionalität angesprochen«. Es ist von »effektivem Wettbewerb« die Rede, der gewährleistet werden müsse, und von einer zu garantierenden »Offenheit des politischen Prozesses«, auch vom freien Zugang zum »politischen Markt«. Dies führe, so Morlock, zur »Betonung der Bedeutung auch kleinerer politischer Parteien«. Deren Rolle wird gesehen in der Intensivierung des Wettbewerbs, im Einbringen neuer Themen, aber auch – und nicht zuletzt – in der Chance, bei Leistungsschwäche der bisher erfolgreichen Parteien zu eigenen Wahlerfolgen zu kommen. Nicht zuletzt wird auch die Rolle »potenzieller Konkurrenten« hervorgehoben, die über die »Drohung, gegebenenfalls Wahlerfolge zu erringen, ihre heilsame Wirkung ausüben.«

Das Wettbewerbskonzept impliziert, dass das Parteiensystem immer versuchen wird, die »Störungen«, welche zum Erstarken dieser oder jener kleineren Partei führen, rasch zu »verarbeiten«. Die etablierten Parteien werden bemüht sein, selbst den politischen Wettbewerb zu intensivieren, neue politische Themen (oder eben die Themen, die bislang »liegen gelassen« worden waren) aufzunehmen und eigene »Leistungsschwächen« zu überwinden. Es gibt die Möglichkeit, diese Partei selbst zu integrieren.

Die Grenzen des Konzeptes des Parteienwettbewerbs, wie es das Bundesverfassungsgericht vertritt, sind deutlich: Die Rede ist nur von der zu schützenden *Möglichkeit* des Aufstiegs einer kleinen Partei, nicht davon, dass ein solcher Aufstieg zu begrüßen wäre. Es geht weder um bestimmte Parteien noch um bestimmte politische Themen. Das Konzept sagt nichts über die *Modi der Verarbeitung* derartiger »Störungen«, thematisch blinder Flecke, genereller Schwächen einzelner großer Parteien oder eines lauen politischen Wettbewerbs. Nichts dazu, wie sich politische Innovationen über den Aufstieg einer Partei durchsetzen, wie eine Partei an Stärke gewinnt. Auf die Frage, ob kleine Parteien überhaupt groß werden können und ob das politisch sinnvoll sein könnte, also über das mögliche *Schicksal kleiner Parteien*, gibt das Bundesverfassungsgericht keine Antwort.

Gibt es systematische Gründe, dass eine kleine Partei in Deutschland über mehrere Legislaturperioden klein bleibt, oder ist dies nur ein Zeichen eigener Schwäche und fremder Stärke? In der Linkspartei.PDS neigt man eher dazu, letztere Variante zu bevorzugen und zu diskutieren: Man will die neoliberale Hegemonie brechen, einen grundlegenden Politikwechsel herbeiführen, und man hält das für mehrheitsfähig. Es

scheint Konsens, dass dies eine der Botschaften der Wähler ist, die mit dem Votum vom 18. September verbunden war. Die eigenen Themen und politischen Konzepte werden für umsetzbar, finanzierbar usw., für mehrheitsfähig gehalten. Kein Grund also weit und breit, sich vom Anspruch her zu bescheiden und klein zu bleiben.

Ich will die erste Frage diskutieren: Gibt es *systematische* Gründe für eine kleine Linkspartei in Deutschland im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts? Und wenn ja: Wie sähe eine politische Perspektive, eine Funktion, wie sähe der politische Stil einer solchen kleinen Linkspartei denn aus?

Der 1990 verstorbene britische Philosoph Michael Oakeshott ging in seinem Werk »Zuversicht und Skepsis« den Fragen nach, wie Regierende und Regierte die Möglichkeiten, die der berauschende Zuwachs an menschlicher Macht – gewonnen durch Wissenschaft und Technik, Organisation und Disziplin – eröffnet hat, erfahren. Reagieren und regieren sie mit Zuversicht, die Welt und die Menschen immer vollkommener zu machen? Oder mit Skepsis, mit Furcht vor Übereilung und anmaßender Hybris?<sup>2</sup>

Man wird zugeben müssen, dass in Deutschland alle wichtigen politischen Akteure, das sind im Parteienstaat das am Regieren beteiligte Parteienkartell und die Regierten, die Bürger, wie selbstverständlich dem Fortschrittsglauben anhängen. Eine andere Politik als die der Zuversicht zu unterstützen, kann sich keine dieser Parteien heute leisten. Die Kernkompetenzen kleinerer Parteien liegen auf den Feldern skeptischer Politik. Der politische Liberalismus in Deutschland wurde erst durch den Widerstand gegen die Staat und Gesellschaft durchdringende Macht der Kirche, später durch die FDP als Bürgerrechtspartei, die den Bürger gegen staatliche Willkür und generelle Anmaßungen in Schutz nahm, auch durch klassisch neoliberale Skepsis gegen wirtschaftliche wie staatliche Monopole, zur dauerhaften politischen Kraft. Die Grünen wurden, was sie heute sind, zuerst durch ihren Zweifel am Sinn des technischen Fortschrittsprojektes, das Mensch und Natur selbst an den Rand des Untergangs brachte.<sup>3</sup>

An den beiden genannten kleinen Parteien lässt sich nachvollziehen, wie die Integration vonstatten gegangen ist. Die wirtschaftspolitische Haltung des klassischen Neoliberalismus, der gegen *jegliche* Form des Monopols, ob wirtschaftlicher oder staatlicher Natur, anging, wich einem bloßen Marktliberalismus mit Deregulierungsmanie. Die nunmehr seit Jahrzehnten dominierende Figur des politischen Liberalismus ist eine Legierung des Deregulierungsdenkens mit der Verteidigung der Bürgerrechte, speziell der individuellen Freiheitsrechte. Immerhin ist hier ein kräftiger skeptischer Impetus gegen eine Politik der Zuversicht zu erkennen. In diesem Sinne wirkte die FDP, jeweils mit der einen oder der anderen großen Partei, als skeptisches Korrektiv.

Die Grünen begannen technik- und wissenschafts-, ja, zivilisationskritisch. Mit ihrem radikalen Flügel waren sie nicht zu integrieren. Der Coup der so genannten Realos bestand in einer furiosen konzeptionellen Leistung. Das Konzept der Nachhaltigkeit (Sustainable Development) stellte die Kompatibilität der Politik der Zuversicht mit der Politik der Skepsis auf dem technologischen Niveau des 21. Jahrhunderts her. Man gewann die (vermeintliche) Kontrolle über die Risiken zurück und konnte dem Fortschrittswahn der Industrie guten Gewissens anhängen. Auch dies ist eine Gestalt der Politik der Skepsis.

Das scheint das Muster: Ein skeptischer Impuls, die Einsicht in die zerstörerischen Folgen der Politik der Zuversicht auf speziellen, dabei alle betreffenden Gebieten, wird von einer kleinen Partei artikuliert und im Laufe der Entwicklung mit der Politik der

Zuversicht kompatibel gemacht. Die großen Parteien haben Vertreter derselben Positionen, des gleichen skeptischen Politikstils in sich, aber es dominiert jeweils der die modernen Gesellschaften breit akzeptierte Fortschrittsglaube und Politikstil. Die Kleinen haben ihre Funktion als Korrektiv, sie ergänzen, steuern gegen, sichern gegen Risiken ab. Der Preis ist, dass sich die Anhänger dieser kleinen Parteien wohl persönlich und auch in ihren Milieus einen anderen Lebensstil als die Anhänger der großen Parteien, also einen exklusiven oder auch exotischen Lebensstil »leisten« können, den der Masse aber und damit das Projekt des der Natur abgerungenen, produzierten, technischen Wohlstands, der durch die Politik garantiert wird, nicht mehr grundsätzlich in Frage stellen.

Es geht für eine kleine Partei, die sich etablieren will, also nicht um den Erwerb einer Kooperationsfähigkeit schlechthin, sondern um einen ganz eigenen politischen Job in einer möglichen Kooperation mit einer großen Partei – ob in Opposition oder in Regierung.

### **Und die Linkspartei.PDS?**

Die Konzepte aller Parteien waren im Wahlkampf in einer Botschaft identisch: Eine Politik der Zuversicht ist möglich. Es ist möglich, dass eine Regierung für stetiges Wachstum und auch für Wohlstand sorgt. Wenn man es als Regierung nur richtig anstellt, wird jeder neue Tag ein besserer sein als der vergangene.

Genau das aber glauben nicht mehr so viele Menschen im Land. Obwohl sie es gerne glauben würden. Es ist nach wie vor für die allermeisten die Grundidee von einem guten Leben. Man will das Projekt weder von Seiten der Regierenden noch der Regierten aufgeben.

Linkspartei.PDS und WASG sind mittlerweile die Einzigen, die am Projekt noch authentisch, in seiner demokratisch-egalitären Gestalt der sozialen Marktwirtschaft, festhalten. Genauer: Sie halten am traditionellen sozialdemokratisch-sozialistischen Selbstverständnis fest: »Wenn wir die Staatsmacht haben, kontrollieren wir den Kapitalismus zum Vorteil der Arbeitnehmer.«<sup>4</sup> Damit setzen sie sich in einen nicht mehr auflösbaren Gegensatz zu den andern Parteien. Die Folgen sind paradox. Während die anderen Parteien, Grüne und FDP in der Opposition, die Großen in der Koalition, gelernt haben, dass man eine Gesellschaft heute nicht mehr von der Kommandobrücke des Staatsschiffes steuern kann, und die Erwartungen und Versprechungen dämpfen werden, wird die Linke die Politik der Zuversicht wieder zum Ideal verklären.

Die Linke sollte das nicht tun.

Es wird keine andere Partei als die der Linken geben, welche die gesellschaftszerstörenden Tendenzen ausschließlich profitorientierter Wirtschaftsentwicklung und die inadäquate politische Antwort auf diese Herausforderung durch die Regierung konsequenter kritisieren wird. Aber von welchem Standpunkt aus? Und mit welchem Politikstil wird sie das tun? Versteht die Linke, dass der Politikstil der Zuversicht nicht nur die bekannten ökologischen Probleme und die Gefährdungen der Bürger- und Menschenrechte, sondern auch die Exklusionen und sozialen Verwerfungen geradezu zwangsläufig mit sich bringt? Verhält sie sich also skeptisch bezüglich staatlicher Garantien der sozialen Sicherheit des Einzelnen, der sozialen Integrationskraft einer solchen Politik? Oder vertritt sie weiterhin das Projekt des unaufhaltsamen Marsches der Gesellschaft, geführt von der Politik und durch immer intensivere Ausbeutung der Natur, in eine Welt mit noch mehr Wohlstand für alle – nur eben auf anderer Grundlage, etwa der einer umfassenden Vergesellschaftung der so genannten Öffentlichen Güter?

Die Alternative des Politikstils für die Linke ist klar. So oder so wird sie mittelfristig eine kleine Partei bleiben. Und dies aus einem ganz einfachen Grund: Die Gesellschaften werden das Projekt nicht freiwillig aufgeben. Niemand wird Aldi und Lidl, Toyota und die Deutsche Bank aufhalten.

Die Linke kann sich in Deutschland also um Integration und um Einfluss für ihre skeptische Politik zugunsten des Funktionierens der Gesellschaft und der vom Projekt nicht mehr Erreichten bemühen. Das tut sie bereits in den Bundesländern, wo sie mitregiert. Sie kann diese Perspektive wiederum auf partikularistische Weise für bestimmte Interessengruppen oder Kohorten, Sozialtypen, Deutsche, Rentner und Familienväter tun oder auf universalistische Weise, dem Gleichheitsgedanken pragmatisch folgend.

Sie kann aber auch weiterhin ihre eigene Variante des Projekts propagieren und, bis die Zeit dieser Idee gekommen ist und um den Boden dafür zu bereiten, sozialem Protest eine Stimme geben und sich ansonsten jeglicher Kooperation verweigern.

Soweit ein Blick auf die Lage von der Position Michael Oakeshotts. Natürlich sollen auch die Grenzen einer solchen Betrachtung benannt werden. Oakeshott formulierte sein Konzept, nachdem die von ihm so genannte Politik der Zuversicht in zwei ihrer egalitären Gestalten, in denen sie im 20. Jahrhundert aufgetreten war, dem Faschismus und dem Sozialismus (der eher Kommunismus genannt werden sollte), gescheitert war und vor dem Höhenflug der dritten egalitären Gestalt, der sozialen Marktwirtschaft. Er hat diese Erfahrungen nicht für hinreichend befunden, sein Konzept zu revidieren.

Heute allerdings steht uns klarer als noch vor 15 oder 20 Jahren vor Augen, dass der Einfluss von Regierungen längst nicht mehr ausreicht, das Projekt uneingeschränkt zu verfolgen. Längst hat die Skepsis gegenüber den Regierenden die Regierten breit ergriffen. Deren Erfahrung, dass *keine* Regierung mehr das Heilsversprechen wird einlösen können, auch, wenn man es doch wünschte, prägt in Deutschland seit zwei Jahren das Klima. Wenn also die Linke darauf reagieren will, dann kann sie diese Skepsis entweder aufnehmen und politisch umsetzen oder sie kann »ihren« Versuch machen, irgendwann ein eigenes Projekt des Regierens, jenseits der heute herrschenden Hegemonie und nach dem viel beschworenen Politikwechsel, zu starten. Es wird dabei im Kern darum gehen müssen, eine in den Händen der Regierung wieder eine vergleichbare Konzentration der Macht zu erreichen, wie man sie im 20. Jahrhundert kannte.

Ob den Menschen mit dieser Vision die Skepsis zu nehmen sein wird?

**Dr. Harald Pätzolt ist Mitarbeiter des Referats Grundsatzfragen beim Parteivorstand**

---

<sup>1</sup> Morlock, M.: Das BVerfG als Hüter des Parteienwettbewerbs. In: NVwZ 2005, H.2, S.157ff.

<sup>2</sup> Oakeshott, M.: Zuversicht und Skepsis. Berlin 2000, S. 14

<sup>3</sup> Das ist übrigens der interessante Punkt, nicht der damit verbundene frühe Populismus der Parteien, wie Franz Walter meint. Walter, F.: Linkspartei in ergrauender Gesellschaft. In: rls, Text der Woche 35/05

<sup>4</sup> So die schöne Formulierung, die Helmut Wiesenhal gebraucht. Wiesenhal, H.: Notizen zur Debatte »Zukunft der sozialen Demokratie...«, Ms. vom 23.8.2004, S. 3